

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/gesundheitskonsens-deutlich-hoehere-kosten-fuer-patienten-1114992.html>

The screenshot shows a web browser displaying the Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) website. The page features a navigation bar with categories like POLITIK, WIRTSCHAFT, FINANZEN, FEUILLETON, SPORT, GESELLSCHAFT, STIL, RHEIN-MAIN, TECHNIK, WISSEN, REISE, and KARRIERE. The main headline is "Internationalisierung: Wie der Schritt ins Ausland gelingt". Below this, there's a sub-header "Gesundheitskonsens: Deutlich höhere Kosten für Patienten". The article title is "Deutlich höhere Kosten für Patienten", updated on 21.07.2003 at 18:03. The article text states that the leaderships of SPD, Grünen, CDU/CSU, and FDP have approved key points of a healthcare reform agreement. A financial ticker at the top shows: F.A.Z.-INDEX 2.225,40 (+1,46%), DAX 11.447,51 (+1,42%), EUR/USD 1,1318 (+0,01%), and DOW JONES 25.115,76. A large orange graphic with "1%" is visible in the bottom right corner of the article area.

Frankfurter Allgemeine

Aktualisiert am 21.07.2003-18:03

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.07.2003, Nr. 167 / Seite 1

Gesundheitskonsens : Deutlich höhere Kosten für Patienten

Die Führungen von SPD, Grünen, CDU/CSU und FDP haben die "Eckpunkte der Konsensverhandlungen zur Gesundheitsreform" begrüßt, die die überparteiliche Verhandlungskommission in der Nacht zum Montag ausgehandelt hatte.

Die Führungen von [SPD](#), Grünen, CDU/CSU und FDP haben die "Eckpunkte der Konsensverhandlungen zur Gesundheitsreform" begrüßt, die die **überparteiliche Verhandlungskommission** in der Nacht zum Montag **[vom 20. auf den 21.07.2003 5:00 Uhr morgens]** ausgehandelt hatte. **Auf der Basis dieses Kompromisses soll im August ein Gesetzentwurf ausgearbeitet werden [durch wen sollte der Gesetzentwurf ausgearbeitet werden bzw. durch wen wurde er ausgearbeitet?]**, der Anfang September von den vier Bundestagsfraktionen in den Bundestag eingebracht werden soll.

Das Eckpunkte-Papier sieht vor, von 2005 an den **Zahnersatz** aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung auszugliedern; die Versicherten müssen eine Zusatzversicherung abschließen. Dabei sollen die gesetzlichen und die privaten Krankenkassen in einen "fairen Wettbewerb" treten können, heißt es in dem Papier. Das **Krankengeld** soll - ab 2007 - ebenfalls allein von den Versicherten, wahlweise in der gesetzlichen oder der privaten Krankenversicherung abgesichert werden. "Es bleibt bei einer solidarischen Absicherung im Rahmen und gemäß den Prinzipien der gesetzlichen Krankenversicherung."

Vor allem diese beiden Punkte der Verhandlungen waren zwischen SPD und Union umstritten. Hinzu kam eine Auseinandersetzung über das **"Mehrbesitzverbot" von Apotheken**. **Es hieß, die Verhandlungsdelegationen, die von Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) und dem stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Seehofer (CSU) geleitet wurden, hätten erst nach einem Telefongespräch zwischen Bundeskanzler Schröder und der CDU-Vorsitzenden Merkel Einvernehmen darüber erzielen können.** Die Verhandlungsgruppe hatte ihre Beratungen am Montag morgen gegen fünf Uhr abgeschlossen. In dem Papier ist auch festgelegt, daß zur Gegenfinanzierung sogenannter versicherungsfremder Leistungen in den Jahren 2004 und 2005 die **Tabaksteuer** in drei Stufen um insgesamt einen Euro je Packung angehoben werden soll. Nach den Berechnungen der Verhandlungsgruppe soll der durchschnittliche Beitragssatz schon im kommenden Jahr von 14,4 auf 13,6 Prozent fallen. Es soll auch eine **Praxisgebühr** von zehn Euro je Quartal eingeführt werden. Nach den Plänen der Verhandlungskommission müssen sich die Patienten ab Januar auf deutlich höhere Zuzahlungen und Kosten einstellen, als dies bisher von der Regierung geplant war. Mit dem Grundsatz, wonach Patienten in der Regel bis zu 10 Prozent der Kosten bis zu einer Gesamthöhe von zwei Prozent des Bruttoeinkommens selber tragen müssen, hat sich die Union weitgehend durchgesetzt.

Für jede Leistung soll der Patient mindesten fünf, höchstens aber zehn Euro zahlen. So werden für die ersten 28 Tage im Krankenhaus je 10 Euro fällig, ebenso für jeden Arztbesuch pro Quartal. Für Kinder, Jugendliche und chronisch Kranke gelten Ausnahmen. Zudem werden rezeptfreie Arzneimittel weitgehend nicht mehr erstattet. (Fortsetzung Seite 2, siehe Seite 3, Wirtschaft sowie Feuilleton.)

Die Entlastungen durch Zuzahlungen werden auf jährlich 3,3 Milliarden Euro beziffert, die durch **gestrichene Leistungen wie Sterbegeld, (Sterbegeld, Entbindungsgeld, Brillen sowie Taxi- und Mietwagenfahrten** in der ambulanten Versorgung) auf 2,5 Milliarden Euro taxiert. Abstriche mußte die Bundesregierung bei den Forderungen nach mehr Wettbewerb in der ärztlichen Versorgung und beim Arzneimittelvertrieb hinnehmen. Einzelverträge zwischen Ärzten und Kassen werden zwar erlaubt, aber nur als Ergänzung zu den Verträgen zwischen Kassen und Kassenärztlichen Vereinigungen. Eine Stiftung für Qualität in der Medizin soll den Nutzen von Medikamenten bewerten, nicht aber das Verhältnis von Kosten und Nutzen. Preise für patentgeschützte Medikamente werden teils festgesetzt. Der Versandhandel für Arzneimittel soll nur unter sehr engen Rahmenbedingungen zugelassen werden, Apotheken-Ketten bleiben verboten, der Mehrbesitz auf lediglich bis zu drei Apotheken ausgeweitet.

Gesundheitskonsens : Deutlich höhere Kosten für Patienten

Schröder begrüßte den Kompromiß mit dem Hinweis, es handele sich um ein Ergebnis, "daß sich sehen lassen kann". Es sei eine "sorgsam ausgewogene Balance" gefunden worden. Frau Merkel nannte das Ergebnis eine "**geeignete Grundlage**" für die nun beginnenden **Gesetzesberatungen**. Seehofer sprach von einem "schwierigen, tragfähigen Kompromiß". Auch Frau Schmidt nannte den Vorschlag "sehr ausgewogen". SPD-Generalsekretär Scholz sagte, der gefundene Konsens aller Parteien könne ein Beispiel auch für andere Vorhaben zur Sanierung der Sozialversicherungssysteme sein; er nannte die Renten- und die Pflegeversicherung. Er versicherte, niemand in der gemeinsamen Sitzung des SPD-Präsidiums mit dem geschäftsführenden SPD-Fraktionsvorstand habe gesagt, er lehne den Kompromiß ab. **Frau Schmidt sagte, es handele sich "eindeutig" um eine sozialdemokratische Reform**. Die Menschen bekämen weiterhin unabhängig von ihrem Einkommen alle medizinischen Leistungen, die sie benötigten. Auch Frau Merkel sagte, im CDU-Präsidium und im CDU-Bundesvorstand sei der Kompromiß "einmütig" als Grundlage für weitere Gesetzesberatungen unterstützt worden. Er verhindere die Bildung einer Zwei-Klassen-Medizin. Dafür sei aber eine höhere Beteiligung der Versicherten erforderlich. Der Kompromiß trage die "Handschrift der Union". Es bleibe bei der freien Arztwahl; Vorstellungen der SPD zur Zentralisierung des Gesundheitswesens und auch die Positivliste für Medikamente seien abgelehnt worden. **Frau Merkel und Seehofer erhoben den Vorwurf, das Gesundheitswesen sei wegen der Politik der rot-grünen Bundesregierung seit 1998 in die Krise gekommen**. Auch das CSU-Präsidium billigte das Verhandlungsergebnis einstimmig. Der CSU-Vorsitzende Stoiber äußerte, wenn das Einsparvolumen im Jahr 2007 schließlich 20 Milliarden Euro erreicht habe, könnte der Beitragssatz sogar unter 13 Prozent sinken. Der FDP-Vorsitzende Westerwelle bedauerte nach einer Sitzung seines Parteipräsidiums, daß es nicht zu einer "großen Strukturreform" gekommen sei. Die FDP halte sich eine Zustimmung zu dem Vorhaben noch offen. Er kritisierte die Erhöhung der Tabaksteuer. Auch die Führungen der anderen Parteien wiesen darauf hin, es werde - auch wegen der demographischen Entwicklung - später weiteren Reformbedarf geben. Frau Merkel wies darauf hin, mit der Abkehr vom Prinzip der paritätischen Finanzierung und mit der Ausgliederung von Teilen der Gesundheitsversorgung aus der gesetzlichen Krankenversicherung seien Instrumente geschaffen worden, die nach 2010 weiterentwickelt werden könnten.

Die Grünen stimmten dem Kompromiß zur Reform des Gesundheitswesens auf einer Sondersitzung des Parteirates mit großer Mehrheit zu. Von den elf anwesenden Parteiratsmitgliedern stimmten neun dem Kompromiß zu. Die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Roth, enthielt sich der Stimme, die Sprecherin des Thüringer Landesverbandes, Rothe, stimmte mit Nein. Doch wurde erkennbar, daß die Grünen nicht durchweg zufrieden mit dem Ergebnis der Verhandlungen sind. Der Parteivorsitzende Bütikofer sagte nach der Sitzung, es liege in der Natur eines Kompromisses, daß es "Licht und Schattenseiten" gebe. Doch sehe man dem Ergebnis an, daß die Grünen "für ihre Sache gefightet" hätten. Die Grünen hätten gerne noch mehr Wettbewerb bei den Leistungsanbietern erreicht, gab Bütikofer zu erkennen. Immerhin werde es zu einer Senkung der Lohnnebenkosten kommen, zu einem Mehr an Wettbewerb beim Arzneimittelversand und zu einer Stärkung der Patienten, etwa durch Patientenquittungen. Zudem sei es gelungen, beim Zahnersatz die von der Union angestrebte "schlimmste Lösung" der vollständigen Privatisierung des Zahnersatzes zu verhindern. Zusätzliche Reformen seien jedoch nur mögliche, "wenn das Ziel der Bürgerversicherung angepackt wird". Die entscheidende Frage, welcher Systemwechsel angestrebt werde, sei noch nicht beantwortet. (ami./ban./elo.)